

Warum steigen die Löhne nicht?

Arbeit Der Aufschwung kommt nicht im Geldbeutel an - Ökonomen haben eine neue Theorie

VON NIKLAUS VONTOBEL

Die Wirtschaft brummt, doch die Arbeitnehmer bekamen keine höheren Löhne. Nun stellt das Wirtschaftsforschungsinstitut Bak Basel eine Erklärung zur Diskussion: Die Personenfreizügigkeit habe das Lohnwachstum gebremst. «Die Öffnung des Schweizer Arbeitsmarkts zu Europa hat die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer geschwächt», sagt Bak-Chefökonom Martin Eichler an einer Prognosetagung.

Hintergrund der Debatte ist eine ungewöhnliche Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft legte 2018 um beachtliche 2,5 Prozent zu. Die Arbeitslosenquote stand zuletzt bei 2,6 Prozent. Eine solche Hochkonjunktur hätte die Konsumentenstimmung abheben lassen sollen. Doch sie blieb am Boden, wie der entsprechende Index des Staatssekretariats für Wirtschaft zeigt. Die Konsumenten bleiben überzeugt, in ihrem Portemonnaie komme der Aufschwung nicht an.

Diese Skepsis hat mit der vergleichsweise kurzen Dauer des Aufschwungs zu tun. Er war vorbei, ehe es richtig losging. Im Sommer 2018 brach das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes weg. Im dritten Quartal schrumpfte die Wirtschaft, im vierten legte sie nur noch geringfügig zu. In einem solch schleppenden Tempo geht es wohl weiter: 2019 wird es ein Wachstum von 1,1 Prozent geben. So lautet zumindest die Prognose von BAK Basel.

Bestätigte Skepsis

Bislang wurde die Skepsis der Konsumenten bestätigt. Der Aufschwung brachte nicht die erhofften Lohnsteigerungen. Im Gegenteil, 2018 gingen die Löhne gar real zurück. Schon im Vorjahr ging es real kaum nach oben. Somit blieb es ein Aufschwung ohne reales Lohnwachstum, wie es in vielen anderen Industriestaaten zu beobachten war. Der Länderverein OECD warnte deshalb schon vor einem «wageless growth», also Wirtschaftswachstum ohne Lohnsteigerungen.

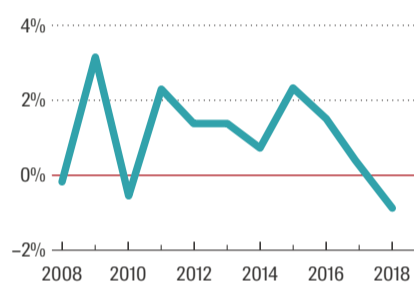
Warum die Löhne nicht ansteigen - darüber sind sich die Ökonomen uneinig. Bak Basel sieht die Personenfreizügigkeit mit der EU als möglichen Grund. Sie habe die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer geschwächt. So lasse sich erklären, warum der Schweizer Arbeitsmarkt nahe der Voll-



Verhandlungsposition durch die Personenfreizügigkeit geschwächt: Schweizer Arbeitnehmer.

ENNIO LEANZA/KEYSTONE

Lohnentwicklung, real



Quelle: BAK Basel; Grafik: jkn

beschäftigung ist und die Löhne dennoch kaum ansteigen. Wobei Chefökonom Eichler einschränkt: Es handle sich lediglich um eine Theorie, die die Entwicklung der einschlägigen Statistiken erklären könne. Eine vertiefte Studie habe man nicht erstellt.

George Sheldon, emeritierter Wirtschaftsprofessor an der Uni Basel, hält die Personenfreizügigkeit ebenfalls für eine mögliche Erklärung. Die Arbeitge-

ber könnten so in der EU nach Arbeitnehmern suchen, die in der Schweiz gerade knapp seien. Besonders gefragte Arbeitnehmer hätten weniger Gelegenheit, für sich Lohnsteigerungen auszuhandeln. Insgesamt falle der Aufwärtsdruck auf die Löhne dadurch in einer Hochkonjunktur schwächer aus.

Streit um die Zahlen

Sheldon schränkt seine Aussage jedoch ein: Die Personenfreizügigkeit verhindere lediglich, dass das Schweizer Lohnwachstum in einer Hochkonjunktur kurzfristig überschiess - und dies nachher wieder korrigiert werden muss. In der langen Frist werde das Lohnwachstum mit Personenfreizügigkeit mindestens gleich stark ansteigen wie ohne Personenfreizügigkeit. Eher ver helfe sie gar zu mehr Lohnwachstum, weil der Schweizer Arbeitsmarkt dadurch effizienter werde.

Die Arbeitsmarktspezialisten der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich haben eine simple Erklä-

rung für die Lohnstagnation der Jahre 2017 und 2018. Sie geben vorsichtig Entwarnung. Die zwei schwachen Jahre sind hauptsächlich der Ausgleich für die beiden überdurchschnittlichen Vorjahre. In den Lohnrunden für 2015 und 2016 seien die Sozialpartner von steigenden Preisen ausgegangen oder zumindest von konstanten. Dies wollten sie mit nominalen Lohnsteigerungen ausgleichen. Heraus kam eine negative Teuerung - und somit ein unerwartet starkes Lohnplus.

Die Diskussion der Ökonomen geht allerdings noch tiefer. Infrage gestellt wird auch, ob in der Schweiz wirklich Vollbeschäftigung herrscht. So stand die Arbeitslosenquote gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft im Jahr 2018 bei 2,6 Prozent. Die Erwerbslosenquote des Bundesamts für Statistik - sie gibt das Niveau der Arbeitslosigkeit besser wieder - stand trotz Aufschwung allerdings bei 4,7 Prozent. Dieses Auseinanderklaffen wird derzeit im Rahmen einer Studie untersucht.

Neuer Rekord bei der Geldwäscherei

Finanzen Die Zahl der Meldungen auf Geldwäschereverdacht hat sich innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt.

VON BALZ BRUPPACHER

Wird auf dem hiesigen Finanzplatz immer mehr Geld gewaschen? Die von der Geldwäschereimeldestelle des Bundes veröffentlichten Zahlen zum Jahr 2018 scheinen diese Aussage zu untermauern. Die Meldungen bezüglich Verdacht auf Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sowie Meldungen betroffener Vermögenswerte erreichen neue Höchststände. Die Zahl stieg im Vorjahresvergleich um 31 Prozent auf 6126. Die gemeldeten Vermögenswerte nahmen von 16,5 auf 17,6 Milliarden Franken zu. Noch eindrücklicher ist die Entwicklung im Zwei-Jahres-Vergleich: Die Meldungen haben sich mehr als verdoppelt, bei den Vermögen beträgt der Anstieg gar 232 Prozent.

Daraus auf eine explosionsartige Ausbreitung der Geldwäscherei zu schliessen, greift jedoch zu kurz. Schliesslich handelt es sich nur um Verdachtsmeldungen. Ob tatsächlich

Geld gewaschen wurde, stellt sich erst später heraus. Zuerst klärt die Meldestelle ab, ob fundierte Hinweise auf eine Straftat vorliegen. Ist dies der Fall, kommt die Strafverfolgungsbehörde zum Zug und prüft die Eröffnung eines Verfahrens. Letztlich entscheidet ein Gericht. Zudem muss auch das Meldeverhalten berücksichtigt werden. Hier scheinen die Appelle der Finanzmarktaufsicht an die Banken zu fruchten, sie sollten vermehrt Meldung erstatten, sobald ein Verdacht vorliegt, und nicht erst, wenn die Medien über Skandale berichten.

Verschärfung für Anwälte

Die Finanzmarktaufsicht stellte jedenfalls in ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht Fortschritte bei der Geldwäschereibekämpfung fest. Sie stellt einen allmählichen Kulturwandel im Meldewesen der Banken fest. Die vergleichsweise tiefe Zahl der Verdachtsmeldungen war wiederholt ein Kritikpunkt von internationalen Gremien, welche die Geldwäschereibekämpfung unter die Lupe nahmen. Die Meldestelle reagierte jeweils mit dem Hinweis auf die hohe Qualität der Meldungen. Sie misst sich am Anteil jener Meldungen, die nach der ersten Analyse an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden. Diese Quote

beläuft sich auf 65,1 Prozent. Im Schnitt der letzten zehn Jahre war die Weiterleitungsquote mit 74,2 Prozent deutlich höher.

Fast 90 Prozent der Meldungen stammten letztes Jahr von den Banken, gefolgt von Akteuren im Zahlungsverkehr, von Vermögensverwaltern und Treuhändern. Anwälte meldeten wie schon im Vorjahr bloss in vier Fällen Geldwäschereverdacht. Diesen Umstand vermerkt auch die Finanzmarktaufsicht kritisch. Damit rückt die geplante Revision des Geldwäschereigesetzes in den Blickpunkt. Der Bundesrat will die Vorlage demnächst dem Parlament vorlegen.

Anwälte, Notare und Berater sollen neue Sorgfaltspflichten einhalten, auch wenn sie keine Vermögenswerte verwalten. Häufigste Vortat war wie im Vorjahr Bestechung mit einem Anteil von 27 Prozent aller Meldungen. Schwere Steuervergehen, die 2016 in den Katalog der Vortaten aufgenommen worden waren, führten zu 317 Verdachtsmeldungen. Im Vorjahresvergleich auf 140 Fälle vervielfacht haben sich die Meldungen mit der Vortat ungetreue Amtsführung.

Bei der geografischen Aufgliederung der Verdachtsmeldungen fällt erneut der starke Anstieg im Kanton Zug auf. Mit 159 Meldungen hat sich die Zahl

gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Hinter Zürich, Genf, Tessin, Bern und St. Gallen liegt Zug damit an sechster Stelle. Viele der Zuger Meldungen haben laut der Meldestelle mit dem Handel von virtuellen Währungen wie Bitcoin zu tun und stammen aus dem Nichtbankensektor des sogenannten Crypto Valley. Markant zugenommen haben im Berichtsjahr die Meldungen wegen Verdachts auf Terrorismusfinanzierung. Die Meldungen betrafen die Terrormiliz IS und al-Kaida, aber auch lokale terroristische Gruppierungen aus verschiedenen Regionen der Welt.

Neuer Chef im Sommer

Die Zahl der Fälle, die Ende Jahr noch in der Analyse waren, hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Eine neue Strategie soll die Effizienz verbessern. Ab August soll Daniel Thelesklaf als neuer Chef der Meldestelle für frischen Wind sorgen. Der 54-Jährige kehrt damit an seine Ursprünge zurück, war er doch vor 20 Jahren der erste Leiter der neu geschaffenen Behörde. Tief blieb die Zahl der Schuldsprüche mit knapp fünf Prozent der insgesamt 15 585 Verdachtsmeldungen, die in den letzten zehn Jahren an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurden.

SBB-Ausschreibung

Bahnhofshops: Valora sticht Coop im Bieterkampf aus

Valora-Chef Michael Mueller kann aufatmen: Die SBB haben dem Kioskkonzern den Vorrang gegeben bei der Neuausschreibung der Ende 2020 auslaufenden Mietverträge für 262 Kioske und Verpflegungsstände an Schweizer Bahnhöfen. Angebote von Valora wie das «Kaffee-Wägel» haben offenbar den Ausschlag gegeben: Bei grösseren Verspätungen sollen die Kunden der SBB künftig mit Gratiskaffee auf dem Perron, Gutscheinen oder besonderen Überraschungen bei Laune gehalten werden. Neben Valora waren auch andere Anbieter im Rennen, darunter der grösste Schweizer Detailhändler Coop. Dieser wollte sich gestern zu seiner Niederlage nicht äussern.

Valora konnte auch hinsichtlich Nachhaltigkeit punkten, worauf die SBB gemäss Mitteilung grosses Gewicht bei der Ausschreibung legten. So habe sich das Unternehmen verpflichtet, einen Beitrag zu einem kleineren Abfallberg zu leisten und beispielsweise bei recycelbaren Getränke-Verpackungen neue Wege zu beschreiten. Die Gesellschaft habe alles in allem mit ihren erneuerten Konzepten «kiosk» und «avec» am meisten überzeugt, begründeten die SBB den Entscheid.

«SBB missbrauchen Monopol»

Für Valora stellt der Zuschlag laut Firmenchef Michael Müller einen «Meilenstein in unserer Geschichte» dar. Valora ist bereits Mieter von SBB-Flächen. Mit einem Schlag wird nun das Netzwerk für die nächsten zehn Jahre um 31 neue Standorte ergänzt, und zwar an äusserst attraktiven Lagen. Denn an Bahnhöfen werden hohe Umsätze erzielt. Valora rechnet denn auch, dass die 262 Standorte auf vergleichbarer Fläche einen Umsatzanstieg von bis zu 5 Prozent gegenüber heute erlauben. Allerdings sind dort die Mieten, die gemäss Müller an die Umsatzentwicklung gebunden sind, auch hoch.

So hatte der einflussreiche Verband Swiss Retail Federation, zu dem neben Manor, Lidl und Aldi auch Valora gehört, erst vergangenen Herbst gegenüber CH Media die SBB aufs Schärfste kritisiert: «Die SBB profitieren von Wettbewerbsverzerrungen aufgrund ihrer Monopolstellung an Bahnhöfen und aufgrund der Privilegien wie zum Beispiel bei den Öffnungszeiten», sagte Verbandschefin Dagmar Jenni. Kleinere und mittlere Anbieter würden diese hohen Mieten «an bester Lage» nicht mehr bezahlen können und auf der Strecke bleiben. An den meisten Bahnhöfen halte sich aus Verbandssicht deswegen die Mietervielfalt in Grenzen.

Und: «Man kann es nicht anders sagen: Die SBB missbrauchen ihre Monopolstellung. Mittelständische Betriebe können sich die horrenden Mietpreise, welche die Bahnen teilweise verlangen, schlicht nicht leisten.» Valora offensichtlich schon. (SDA/BWE)

INZERAT

Bauen Sie auch in der Waschküche auf Qualität.



LUGA
Halle 2



WYSS MIRELLA
schweizerisch seit 1909

Informationen zum Waschen und Trocknen mit WYSS MIRELLA: 041 933 00 74
wyss-mirella.ch / 6233 Büron